

ständig fort. Demokratisches Engagement ist immer ein Wirken auf Zeit.

Danken möchte ich zum Schluss auch der Verwaltung dieses Hauses. Sie hat zu jeder Zeit die Infrastruktur organisiert und hergestellt, damit ein reibungsloser Parlamentsbetrieb möglich war. Vielen Dank dafür an meine Kolleginnen und Kollegen aus der Landtagsverwaltung!

(Beifall von allen Fraktionen)

Ich erinnere am Ende dieser Wahlperiode auch noch einmal an jene Kolleginnen und Kollegen, die verstorben sind: der CDU-Abgeordnete Holger Müller, die SPD-Abgeordneten Guido van den Berg und Hubertus Kramer. Auch Landtagspräsident a. D. Ulrich Schmidt und Landtagsvizepräsident a. D. Hans-Ulrich Klose rufe ich in diesem Zusammenhang in Erinnerung. Ihrer haben wir bereits gedacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu Beginn der Wahlperiode habe ich einen fairen, einer Demokratie angemessenen Wettbewerb mit den Worten angemahnt: Hart in der Sache, jedoch niemals persönlich verletzend. – Diese Erwartung möchte ich uns heute auch im Blick auf die heutige, letzte planmäßige Sitzung und die bevorstehende Landtagswahl noch einmal gemeinsam ins Gedächtnis rufen. Unsere Demokratie lebt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von allen Fraktionen – Vereinzelt Beifall von der Regierungsbank)

Damit rufe ich auf:

1 Preiserhöhungen begrenzen, Lebensmittelversorgung sichern, Landwirte unterstützen – ökologische Vorrangflächen nutzen

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16968

In Verbindung mit:

Steigende Lebenshaltungskosten durch die galoppierende Inflation – Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16969

Die Fraktionen der CDU und der FDP sowie die Fraktion der AfD haben jeweils mit Schreiben vom 4. April 2022 gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu diesen aktuellen Fragen der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion der Abgeordneten Frau Dr. Peill das Wort.

Dr. Patricia Peill (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Damen und Herren! Deutschland weiß es wieder besser – so betitelt eine landwirtschaftliche Zeitung einen Artikel, in dem es darum geht, dass, während die europäischen Staaten rings um uns herum die sogenannten ökologischen Vorrangflächen – das sind Flächen mit hohen Umweltauflagen – zur Bewirtschaftung für Brotweizen freigeben, weil die EU-Kommission angesichts drohender Nahrungsmittelengpässe eine zeitweise Bewirtschaftung ermöglicht, Cem Özdemir für Deutschland zögert. Er begründet dies mit einer Lage multipler Krisen.

In den Tagesthemen sagt er dann, dass die Getreideversorgung in Deutschland ja gesichert sei, und jeder könne zur Entlastung der angespannten Marktlage beitragen, indem er weniger Fleisch verzehre. Dann beendete er diesen Kommentar und sagte: Wir dürfen die Klimakrise nicht gegen die Ukraine-Krise ausspielen.

Dem entgegneten die Landwirtschaftsverbände in NRW umgehend mit einem Positionspapier. Da heißt es, diese für einen befristeten Zeitraum diskutierten Anpassungen entließen die Landwirtschaft keineswegs aus der großen Verantwortung für Klimaschutz und Biodiversität. Ganz im Gegenteil. Dort steht: Es besteht der große gesellschaftliche Konsens zur Weiterentwicklung einer klima- und umweltgerechten Landwirtschaft, und das steht für alle außer Frage!

(Beifall von der CDU)

Jetzt geht es für die Landwirte und Landwirtinnen darum, sowohl humanitäre Hilfe als auch einen Beitrag zur Versorgungssicherheit für Länder in Not zu leisten, und das am besten geschlossen und EU-weit.

Daher geht es jetzt nicht um Klimaschutz oder Lebensmittelversorgung, sondern es geht um die Priorisierung, um die Gewichtung dieser Themen gemäß der Matrix: Was ist jetzt wichtig, und was ist jetzt dringlich? – Klimaschutz und Biodiversität bleiben immer wichtig. Aber dringlich, das heißt vordringlich, ist momentan aufgrund der Bedrohung durch Krieg und Hunger in der Welt die Versorgung mit Lebensmitteln.

Da dies morgen im Bundesrat entschieden wird, lassen Sie mich einmal kurz die Risiken dieser Lebensmittelversorgung aufzeigen. Wir hatten in der letzten Sitzung des Umweltausschusses einen ukrainischen Landwirt zu Gast, der uns auf Initiative von Herrn Rübe mit zum Teil gebrochener Stimme von der schwierigen Situation in der Ukraine berichtet hat. Nicht nur, dass es momentan keinen Diesel mehr gibt, dass sie keine Traktoren mehr haben und dass sie keine Männer mehr haben, die auf den Feldern stehen – nein, sie wollen auch nicht zum Kanonen-

futter oder zu Zielscheiben auf den Feldern werden. Wir wissen jetzt, was er meint.

Deswegen, so sagt er, werden sie ihre Saat jetzt nicht in den Boden bekommen. Dazu erklärte er uns, dass es auch dort, wo keine Kampfhandlungen sind, dieses Jahr Probleme geben wird, die Ernte einzufahren; denn es fehlen auch dort Produktionsmittel und Menschen für die Arbeit.

Dann berichtete er weiter, dass natürlich mit allen Kräften versucht wird, die eigene Bevölkerung zu versorgen, aber sicher nichts mehr exportiert werden kann, auch weil die Hafenanlagen zum Teil besetzt sind. Das bedeutet: Gemeinsam mit der russischen Weizenproduktion, die jetzt vorerst wegfällt, fallen somit fast 30 % der weltweiten Weizenproduktion weg.

Differenzierter, aber nicht weniger sorgenvoll müssen wir uns jetzt die Lage der anderen Erdteile anschauen. Die westliche Welt, einschließlich der EU, dürfte zumindest in absehbarer Zeit vom Hunger verschont bleiben, wenn auch nicht von Preissteigerungen. Aber wir wissen auch, dass bei uns die überbeurten Düngemittel, Dieselmotoren und auch die Trockenheit wahrscheinlich die Erträge schmälern werden. Infolgedessen warnen wirklich viele Experten davor, dass die strategischen Reserven auch in den Industrieländern vielleicht schneller aufgezehrt sein könnten, als uns lieb ist.

Ohne die Importe aus der Ukraine sowie aus Russland droht den Menschen in Teilen Asiens sowie in Nordafrika der große Hunger, und das ist das große Bild und unsere große Sorge.

Meine Damen und Herren, Putins schlimmste Waffen sind wahrscheinlich nicht seine Panzer, seine Sprengköpfe und seine mordenden Schergen, sondern der Hunger. Deshalb ist das so dringend und aktuell, dass wir heute darüber sprechen; denn der Hunger wirkt nicht da, wo die Waffen hinzielen, er wirkt überall auf der Welt und sorgt für Unzufriedenheit, Elend, Not und Flucht, und das hat bei Putin System.

Deswegen sage ich Ihnen: Es geht nicht darum, die Agrarziele zu hinterfragen, sondern es geht darum, die Erreichung dieser Ziele aufgrund einer dringenden Situation neu zu justieren und zu prüfen, inwieweit wir unsere Vorgaben zeitbefristet an das anpassen, was momentan notwendig ist, und machen, worauf es ankommt.

(Beifall von der CDU)

Das bedeutet für die morgige Sitzung des Bundesrates sowie der heutigen MPK erstens, dass die Bundesregierung über ihren Schatten springt und unseren Antrag bzw. der Initiative von Ministerin Heinen-Esser folgt und – wie andere europäische Länder – den Landwirten mehr Spielräume für die Bewirtschaftung von ökologischen Vorrangflächen einräumt, und zweitens, dass sie dort den Anbau von Nahrungs-

mitteln sofort und uneingeschränkt, das heißt unter Anwendung von Pflanzenschutz und Düngung, ermöglicht.

Und das heißt drittens zur GAP, dass die geplante Stilllegung von 4 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen ab der Einsaat im Herbst 2022 vorübergehend aufgeschoben werden muss.

Ich möchte diese 4 % einmal ins Verhältnis setzen. 4 % Stilllegung in der EU bedeuten die Ackerflächen von Österreich, den Niederlanden, Belgien, Portugal und Luxemburg zusammen. Das sind ungefähr 4,22 Millionen Hektar, für die, die bildlich denken, 6 Millionen Fußballfelder. Mit einem geschätzten Durchschnittsertrag von ungefähr 6 t pro Hektar wäre das eine Menge von 27 Millionen Tonnen Weizen.

Der Importbedarf von Ägypten, Marokko, Tunesien, Algerien und Äthiopien beträgt ungefähr genauso viel. Das heißt: 4 % nicht stillgelegter Flächen ist Weizen für Nordafrika.

Für NRW bedeutet das ungefähr eine Stilllegungsmenge von 50.000 ha, und das bedeutet viele Lebensmittel für Millionen von Menschen. Wir leben in Deutschland in einer ganz, ganz besonders guten landwirtschaftlichen Region und in NRW in einer Gunstregion. Wir können diesen Beitrag leisten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen frage ich Sie erstens: Können wir es vor diesem Hintergrund rechtfertigen, angesichts der vorhersehbar globalen Verknappung von Lebensmitteln auf die Nutzung unseres Potenzials auf diese Weise zu verzichten?

(Dr. Christian Blex [AfD]: Das machen Sie schon die ganze Legislatur!)

Zweitens: Ist es wirklich zu verantworten, dass wir uns verweigern, unseren Teil der Welternährung, und sei er noch so klein, hier einzubringen? – Wir sagen dazu absolut und entschieden: Nein!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Frau Kollegin, die Redezeit ist um.

Dr. Patricia Peill (CDU): Das zählt für uns ebenso zur Solidarität, wie hier eine Willkommenskultur für die Flüchtlinge zu haben.

Lassen Sie mich zum Abschluss kommen.

Gelingt es uns nicht gemeinsam, das umzusetzen, könnte das Thema „Klimaschutz“ in den derzeitigen Krisen ganz nach hinten rutschen. Das wollen wir nicht, und deswegen müssen wir heute die richtigen Priorisierungen treffen und pragmatisch umsteuern.

Ich erwarte von der Bundesregierung eine verantwortungsvolle Anpassung des Kurses und dass Sie sich morgen im Bundesrat für die Solidarität entscheiden und damit richtig handeln! – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Peill. – Für die FDP hat der Abgeordnete Herr Diekhoff das Wort.

Markus Diekhoff^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit der Krieg in der Ukraine begonnen hat, zeigt er uns jeden Tag, welche immensen Auswirkungen er auf den Agrarsektor hat. Die Aussaat des neuen Getreides, der Sommerungen, ist dort massiv gestört, und es geht wahrscheinlich nicht weiter. Vor der Invasion hat die Ukraine rund 107 Millionen Tonnen Getreide jährlich produziert, und es ist davon auszugehen, dass diese Mengen nicht mehr erreicht werden.

Die Futter- und Lebensmittelpreise, aber auch die Kosten für die Betriebsmittel steigen rasant an. Jeder weiß, dass der Diesel extrem teuer geworden ist und sich der Dünger explosionsartig verteuert hat. Das führt in der gesamten Branche zu Problemen. Zudem darf man nicht vergessen, dass auch Russland ein wichtiger Exporteur von Getreide war, der durch die Sanktionen, so wichtig und richtig diese sind, ebenfalls ausfällt.

Vor diesem Hintergrund hat die EU-Kommission angekündigt, die ökologischen Vorrangflächen für den Anbau aller Ackerkulturen und damit auch für Mais und Getreide freizugeben. Aus unserer Sicht muss Deutschland diese Empfehlung eins zu eins umsetzen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Ministerinnen und Minister konnten sich in der vergangenen AMK aber nicht einigen, wie mit den ökologischen Vorrangflächen umgegangen werden muss. Das lag vor allem auch an den grünen Agrarministerinnen und Agrarministern, die weiterhin auf Verbote setzen, statt die momentanen Herausforderungen konstruktiv anzugehen.

Dass lediglich Gras und Pflanzen von bestimmten ökologischen Vorrangflächen als Futter genutzt werden dürfen, wie das der Bundesagrarminister angekündigt hat, reicht bei Weitem nicht aus, denn das hilft weder in der Schweinemast noch in der Geflügelhaltung. In dieser Form ist das deshalb ungeeignet.

Wir als NRW-Koalition bekennen uns zur GAP und zum Green Deal, aber wir müssen uns in dieser aktuellen Situation anpassen. In anderen Sektoren machen das ebenso. Wir müssen flexibel sein, und auch in der Agrarpolitik darf es keine Denkverbote geben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir müssen jetzt sämtliche Möglichkeiten nutzen, um die Folgen des Krieges abzufedern. Es gilt, die Preissteigerungen abzumildern und eine ausreichende Verfügbarkeit von landwirtschaftlichen Rohstoffen sicherzustellen; denn dieser Krieg führt uns noch einmal mehr schmerzhaft vor Augen, wie wichtig ein hoher Selbstversorgungsgrad bei Futter und Lebensmitteln ist.

Aufgrund der weltweiten Versorgungskrise und vor dem drohenden Hunger geht es hier aber nicht allein um Nordrhein-Westfalen, sondern wir müssen auch für andere Länder außerhalb Europas die Verantwortung tragen. Von daher müssen alle Maßnahmen, die in dieser internationalen Krise zu einer weiteren Verknappung von Lebensmitteln führen, ausgesetzt werden.

Das heißt, die ökologischen Vorrangflächen müssen jetzt für den Anbau von Sommerungen freigegeben werden. Darüber hinaus haben wir uns als NRW-Koalition, wie auch schon im letzten Plenum, für das Aussetzen der geplanten Stilllegungsregelung der GAP ab 2023 eingesetzt. Denn allein in Nordrhein-Westfalen wären davon 50.000 ha betroffen, und wir würden in Nordrhein-Westfalen in einer der größten Krisen, auf die wir zusteuern, was Lebensmittelproduktion und Hunger anbelangt, rein rechnerisch 1.142 Landwirte aus der Produktion nehmen. Das können wir in dieser Situation nicht wollen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir müssen jetzt die Produktionskapazitäten innerhalb der EU erhöhen und dürfen sie nicht künstlich senken. Wenn wir das täten, würde auch der Druck auf die Regionen steigen, die eine sehr, sehr wertvolle Natur haben – ein Beispiel dafür wäre der Regenwald –, weil man jede Chance nutzen wird,

(Unruhe – Glocke)

irgendwo Getreide anzubauen, wenn sich das Problem noch vergrößert.

Ideologie ist also keine Lösung. Wir brauchen jetzt schnelle und entschlossene Entscheidungen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Diekhoff. – Für die AfD spricht der Abgeordnete Herr Loose.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Leben hat sich in den letzten eineinhalb Jahren massiv verteuert. Die Preise für Strom, für das Heizen und für das Tanken stiegen also schon vor dem Ukraine-Krieg massiv. Das Erdgas wurde von August

2020 bis Januar 2022 um 37 % teurer, das Benzin wurde um 34 % teurer, und der Heizölpreis hat sich in diesem Zeitraum sogar verdoppelt.

Alle diese Preissteigerungen sind hausgemacht. Dieser furchtbare Krieg beschleunigt diesen Prozess allerdings und legt die Probleme schonungslos offen. So lag die Inflation bereits im Januar bei 4,9 %. Im März stieg sie nun auf 7,3 %. Was dies für den einfachen Bürger bedeutet, ist beim Discounter zu sehen.

Bereits vor zwei Wochen erhöhte ALDI die Preise von 160 Produkten, und kündigte erneut an, die Preise für weitere Produkte zu erhöhen. Die Preissteigerungen gehen jetzt auf 30 % zu. Damit Sie sich das einmal vorstellen können: Ein Stück Butter kostete im September 1,59 Euro und jetzt 2,09 Euro, und Mehl und Pflanzenöl ist praktisch nicht mehr zu bekommen. Die anderen Discounter ziehen bereits nach.

Hiervon sind insbesondere die Arbeitnehmer mit geringem Einkommen betroffen. Ich kenne den Fall einer Friseurin aus Bochum. Diese Friseurin verdient 1.900 Euro und wechselt jetzt zu einem Salon nach Dortmund, wo sie etwas mehr verdient. Nun fährt sie aber täglich 20 km mit dem Auto nach Dortmund und sieht dabei jetzt mit Sorge an der Tankstelle Preise von mehr als 2 Euro pro Liter Benzin. Das reißt ein riesiges Loch in den Geldbeutel.

Jeder weiß doch, dass bei den 2 Euro pro Liter Benzin mehr als ein Euro staatliche Abgaben und Steuern sind, meine Damen und Herren! Mit diesen Steuern und zuletzt mit der neu eingeführten CO₂-Steuer greifen Sie Tag für Tag in die Taschen unserer Bürger. Dieser Frau sagen Sie jetzt, dass sie demnächst mit dem ÖPNV fahren solle. Diese Frau wohnt aber nicht in Bahnhofsnähe und auch der Salon in Dortmund liegt nicht in Bahnhofsnähe. Mit dem Auto braucht sie 15 bis 20 Minuten. Wenn sie mit dem ÖPNV fahren würde, bräuchte sie 45 Minuten – pro Wegstrecke.

Deshalb hilft das Wahlkampfgeschenk von 9 Euro für ein ÖPNV-Ticket für ganze 90 Tage überhaupt nichts, und auch der kurzfristige Wahlkampfrabatt beim Tanken ist nur ein Strohfeuer.

Wer den Menschen wirklich helfen will, der muss die Steuer dauerhaft senken. Die einzige Partei, die das immer wieder gefordert hat, ist die Alternative für Deutschland.

(Beifall von der AfD)

Mit unseren Vorschlägen würden die Benzinpreise dauerhaft um 47 Cent pro Liter sinken. Das wäre eine gute, eine echte Politik für unsere Bürger.

Sie aber wollen die Kosten für Benzin weiter erhöhen, zum einen über die Erhöhung der CO₂-Steuer, die bereits im Gesetz steht.

Zum anderen haben wir heute Nacht Ihren völlig an der Realität vorbeigehenden Antrag zu synthetisch hergestelltem Benzin besprochen. Sie wollen künstlich Benzin herstellen, wie schon damals zu Kriegzeiten, mit Kosten von bis zu 4 Euro pro Liter. Bezahlen sollen das dann unsere Bürger, die hart arbeitenden Malocher, die jeden Tag mit dem Auto zur Schicht fahren, die jeden Tag zur Arbeit fahren.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

4 Euro pro Liter künstliches Benzin – solche Vorschläge, meine Damen und Herren, sind einfach nur noch irre.

Reicht es Ihnen nicht, dass wir die höchsten Strompreise der Welt haben? Reicht es Ihnen nicht, dass die Bürger sich das Mieten kaum noch leisten können, geschweige denn das Bauen? Allein in Ihrer Legislaturperiode sind die Baupreise um 25 % gestiegen.

Dafür sind zwei Punkte die Haupttreiber: zum einen die lockere Geldpolitik der EU, Ihrer heiligen EU. Die Zinsen liegen bei null, häufig sogar schon im negativen Bereich. Was bedeutet das? – Wenn Sie Ihr Geld jetzt für ein Jahr liegen lassen, dann haben Sie am Jahresende nicht mehr einen Wert von 100 Euro, sondern aufgrund der aktuellen Inflation nur noch einen Wert von 93 Euro. Die Zinsen liegen bei null, teils sind sie negativ, und die Menschen wissen nicht, wenn sie denn Geld haben, wie sie es überhaupt noch anlegen können.

Zum anderen treiben Ihre politischen Forderungen die Preise massiv. Ich meine Ihre politischen Forderungen wie den Dämmwahnsinn oder Ihren Zwang zum Einbau von Wärmepumpen. Damit machen Sie das Bauen für junge Familien schlicht unbezahlbar.

Auch die Grunderwerbsteuer hätten Sie reduzieren können. Dazu haben wir einen Antrag vorgelegt, aber das wollten Sie nicht.

Es ist allerdings nicht so, als ob Sie es langsam mal verstehen würden. Sie machen mit Ihrer Energiepolitik einfach immer weiter. Mit dem Abschalten von Kohle- und Kernkraftwerken haben Sie unsere Bürger von russischem Gas abhängig gemacht, und zwar beim Heizen und bei der Stromerzeugung. Das merken die Bürger nun auch in ihrem Portemonnaie.

Die Folgen kann ich Ihnen auch am Beispiel der Friseurin erklären. Diese Frau, liebe Kollegen – ich weiß, Sie interessieren sich nicht so sehr für die Menschen, aber vielleicht ist diese Geschichte doch etwas für Sie –, könnte ja auch von Bochum nach Dortmund ziehen. Selbst wenn es bei der Kaltmiete bleiben würde, hätte sie ein anderes Problem. Dann bräuchte sie einen neuen Strom- und Gasanbieter. In Bochum zahlt sie zwar schon relativ viel, aber sie ist in einem Bestandsvertrag. Würde sie jetzt nach Dortmund wechseln, dann müsste sie aufgrund der

Neukundentarife jeden Monat 100 Euro mehr für Strom und Heizen ausgeben – jeden Monat! Da wird jeder Umzug zu einem wirtschaftlichen Risiko.

Wenn man sich an der Börse die Werte für Strom und Gas anschaut, dann wusste man schon vor dem Ukraine-Krieg, dass die Preise auch in den nächsten Jahren nicht fallen können – zumindest wenn man bei Ihrer Energiepolitik bleibt. Wir brauchen in Deutschland allerdings, wie wir das immer wieder vorgeschlagen haben, einen breiten Energiemix aus Kohlekraftwerken, sicheren Kernkraftwerken und Gaskraftwerken. Nur so können die Preise wieder langfristig sinken.

(Beifall von der AfD)

Nur so können wir in Deutschland wieder umsteuern, auch zum Erhalt unserer Industrie, die sonst abwandern muss, und zum Erhalt von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen.

Norbert Blüm, liebe CDU, stellte einmal richtigerweise fest – ich zitiere –: Die Inflation ist der Taschendieb des kleinen Mannes. – Recht hatte er.

Wenn die Menschen endlich eine Entlastung bei den Steuern, bei den hohen Preisen haben wollen, dann bleibt ihnen nur noch eine Wahl am 15. Mai: die Alternative für Deutschland, für Freiheit, Wohlstand und Vernunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Loose. – Für die SPD spricht nun Frau Abgeordnete Kapteinat.

Lisa-Kristin Kapteinat^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Tomaten sind 27 % teurer geworden, Eier 16 %, Butter 20 % und selbst Brötchen 7 %. Das alles sind Zahlen vom Februar dieses Jahres im Vergleich zum letzten Jahr.

Die Aktualität des Themas ist damit zweifelsfrei gegeben. Neben dem Krieg und den Kriegsverbrechen, die gerade in der Ukraine begangen werden, gibt es kaum etwas, was die öffentliche Debatte aktuell so sehr bestimmt wie diese Auswirkungen des Krieges auch auf die Menschen hier vor Ort.

Viele Menschen in Deutschland beschäftigt das, was jeden Tag in der Ukraine passiert. Ganz viele nehmen Anteil, ganz viele sind engagiert und helfen. Dafür haben wir uns schon bedankt, aber dafür bedanke ich mich auch hier noch mal bei den vielen Ehrenamtlichen.

(Beifall von der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Gleichzeitig beschäftigt diese Menschen, dass ihr Alltag immer teurer wird. Auch das ist verständlich, und auch das ist legitim.

Die Verurteilung, dass sich die Debatte auch auf solche Themen konzentriert, während in der Ukraine tagtäglich Menschen sterben, misshandelt und gefoltert werden, ist fehl am Platz. Denn man kann beides tun. Man kann Anteil nehmen und sich um seine eigene Zukunft Gedanken machen, sich Gedanken und Sorgen darüber machen, wie man seine Kinder satt kriegt. Denn diese Sorgen sind berechtigt.

Es ist unser tägliches Brot im politischen Geschäft, viele Dinge gleichzeitig zu behandeln und anzugehen, etwa Sicherheitspolitik, Energiepolitik, Agrarpolitik und die Auswirkungen auf das reale Leben von uns allen hier. Unsere Devise dabei ist klar: Alltag muss bezahlbar bleiben, und zwar für alle.

Hier geht es nicht um Luxusprodukte oder Benzin, um mit über 230 km/h über die Autobahn zu rasen, sondern um Grundlebensmittel, um Heizkosten und Strom.

(Unruhe – Glocke)

Insofern haben die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen ein Recht darauf, dass Politik handelt, dass Politik tätig wird. Dabei sind aus unserer Sicht zwei Aspekte besonders wichtig und zusammenhängend:

Erstens. Wie federn wir Entwicklungen wie die aktuellen krisenbedingten Preissteigerungen im Alltagsleben der Verbraucherinnen und Verbraucher ab?

Zweitens. Wie müssen wir auch strukturell im Landwirtschaftsbereich reagieren, um starke Engpässe in der Produktion zu vermeiden? – Zu Letzterem wird meine Kollegin Annette Watermann-Krass gleich etwas sagen.

Der Grundsatz, dass Alltag bezahlbar sein muss, ist aktuell gefährdet. Das bekommen alle mit, zum Beispiel an der Supermarktkasse. Deswegen hat die Ampelkoalition in Berlin zwei große Entlastungspakete mit einem Gesamtvolumen von 30 Milliarden Euro auf den Weg gebracht.

Von diesem zusätzlichen Geld profitieren vor allem Menschen, die sich im Transferbezug befinden, Geringverdienerinnen und die arbeitende Mitte. Manche merken die Preissteigerung im Geldbeutel eben deutlicher als andere.

Zentral ist dabei die Energiepreispauschale von bis zu 300 Euro, von der einkommensteuerpflichtige Erwerbstätige unabhängig von anderen steuerlichen Regelungen wie beispielsweise der Pendlerpauschale oder dem Jobticket profitieren. Sie soll Härten bei den Energiepreisen abfedern und erfolgt über die Lohnabrechnung. Selbstständige bekommen einen Vorschuss über die einmalige Senkung ihrer Einkommensteuervorauszahlung.

Die SPD-Landtagsfraktion hatte sich bereits Mitte März zusätzlich für Energiegutscheine für einkommensschwächere Haushalte aus der breiten Mitte

und ebenso für eine Klimaprämie in Höhe von 100 Euro pro Kopf ausgesprochen.

Hauptdiskussionspunkt war die Frage, wie die Auszahlung vonstattengehen soll. Ich begrüße es sehr, dass sich die Bundesregierung daranmacht, einen Weg zu finden, wie solche Prämien zukünftig direkt an die Bürgerinnen und Bürger ausgezahlt werden können.

Der Grundfreibetrag steigt um 363 Euro. Die EEG-Umlage fällt ab Juli 2022 weg. Der Heizkostenzuschuss von 270 Euro für Menschen, die Wohngeld beziehen, zahlt sich auch aus. Der Einmalbonus pro Kind über 100 Euro wird auf den Kinderfreibetrag angerechnet.

Menschen, die existenzsichernde Leistungen bekommen, also vor allem diejenigen, die sich in der Grundsicherung nach SGB II und SGB XII befinden, bekommen eine Einmalzahlung von 200 Euro. In die turnusmäßige Erhöhung der Regelbedarfe wird zum 1. Januar 2023 auch die relevante Preisentwicklung einfließen.

Ich muss sagen, dass ich mich persönlich besonders über das zweite Paket sehr gefreut habe, weil es viele Gruppen im Blick hat, besonders Gefährdete stärker unterstützt und ambitioniert ist.

Das 9-für-90-Ticket ist stark, auch wenn es in der Umsetzung eine Herausforderung ist. Aber davon dürfen wir uns nicht abschrecken lassen, wenn wir tatsächlich Veränderung wollen.

Diese Maßnahmen sind mit Blick auf die steigenden Energiekosten konstruiert worden und richtig, denn sie führen dazu, dass Menschen insgesamt mehr Geld zur Verfügung haben.

Auch das Land kann etwas tun: Wir können uns überlegen, wie wir die Bürgerinnen und Bürger entlasten können.

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

Das fängt damit an – in der Enquetekommission wurde es auch diskutiert –, dass wir beispielsweise die Kosten für das Essen in Schulen und Kitas vollständig übernehmen, um sicherzustellen, dass es qualitativ hochwertig und gut ist und die Eltern nicht noch übermäßig belastet.

Ab Oktober wird auch der Mindestlohn von 9,82 Euro auf 12 Euro steigen, wovon insgesamt 8,6 Millionen Arbeitnehmerinnen in Deutschland profitieren werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Uns geht es nicht nur darum, in der Krise Menschen zu entlasten, sondern uns geht es darum, Menschen grundsätzlich besser auf eigene Beine stellen zu können. Das bleibt auch weiterhin der richtige Ansatz.

Gerade im Hinblick auf die Lebensmittel muss uns allen klar sein: Die Politik kann Krisen und Auswirkungen nicht ungeschehen machen, aber sie kann und muss sie kurzfristig abfangen, wie es bereits in den letzten 24 Monaten an vielen Stellen geschehen ist. Das wird aber nicht auf Dauer funktionieren.

Umso wichtiger ist es, dass wir grundsätzliche Rahmenbedingungen schaffen, damit Menschen ein vernünftiges Einkommen haben, von dem sie leben und ihr Leben bestreiten können, ohne im Überfluss zu leben, aber auch ohne knapsen zu müssen und durch jede krisenhafte Entwicklung über längere Zeit in Bedrängnis zu kommen.

Mir bereitet es nämlich große Sorgen, dass die Tafeln bereits jetzt neue hohe Anforderungen melden: Wir wissen gar nicht, wie wir mit dem Mehr an Bürgerinnen und Bürgern und dem Weniger an Lebensmitteln auskommen sollen.

Uns ist es daher wichtig, grundsätzlich für eine bessere Ausstattung von Empfängern von Transferleistungen zu sorgen, denn 5 Euro am Tag für Lebensmittel sind nicht ausreichend. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kapteinat. – Für die Grünen spricht nun der Abgeordnete Rüße.

Norwich Rüße^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor zwei Wochen haben wir das letzte Mal im Landtag über die Auswirkungen des Ukraine-Krieges geredet; Sie haben einen Antrag dazu vorgelegt. Wir haben über die Folgen, die er auf die globale Lebensmittelversorgung haben wird, diskutiert.

Wir alle wissen um das große Leid, das ich heute Morgen nach vorne stellen will, das der Krieg über die Menschen in der Ukraine gebracht hat. Wir alle wissen auch: Je länger der Krieg dauert, desto verheerender werden die Auswirkungen sein, desto weniger wird am Ende in der Ukraine geerntet werden und desto weniger Getreide aus diesem Land wird für bestimmte Länder auf der Erde zur Verfügung stehen.

Insofern ist es gut und richtig, dass wir uns heute in einer Aktuellen Stunde noch einmal mit diesem Thema beschäftigen. Um es richtig einordnen zu können und zu entscheiden, was wir hier in Deutschland machen und welchen Weg wir gehen, ist es wichtig, über ein paar grundsätzliche Aspekte zu diskutieren, um anschließend die von Ihnen vorgeschlagenen Lösungswege daraufhin zu bewerten, ob sie richtig sind. Ich finde, dass wir in der Debatte ruhig erst einmal offen sein und überlegen können: Ist das zielführend oder eher nicht?

Zuerst will ich daran erinnern, wie stark wir darüber diskutieren, dass sich unser Land in so hohem Maße von Erdöl, Gas und Kohle aus Russland abhängig gemacht hat, und wie erschrocken wir alle darüber waren. Wir liegen bei 50 % bei Gas und Kohle und bei 35 % bei Erdöl.

An der Stelle muss man schon sagen: Es ist erschreckend, in welch hohem Maße einige Länder auf der Erde von Weizenlieferungen aus der Ukraine oder aus Russland abhängig sind. Die Kollegin hat eben gesagt: Putins beste Waffe sind nicht seine Panzer, sondern ist tatsächlich der Hunger. – Da ist etwas dran. Denn wenn Länder zu 70 oder 80 % davon abhängig sind, dass aus diesen Ländern Weizen geliefert wird, besteht ein strukturelles Problem.

Ich sage schon jetzt: Daran werden diese Länder genauso arbeiten müssen wie wir daran, aus der Abhängigkeit von russischer Energie herauszukommen. Diese Länder müssen weg von der Abhängigkeit von russischem und ukrainischem Getreide.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die steigenden Preise sind gerade schon erwähnt worden. Frau Kapteinit hat eine Menge dazu gesagt, viel Richtiges, was die insgesamt steigenden Preise für die Menschen hierzulande bedeuten. Ich teile das alles, das ist alles richtig. Ich glaube, dieses Land ist in der Lage, die Probleme in den Griff zu bekommen. Das können wir schaffen. Wir können den Menschen, die geringere Einkommen haben, die im Moment wirklich darunter leiden, helfen.

Global gesehen ist die Situation noch viel dramatischer, weil die Menschen, die in ärmeren Ländern auf höhere Weizenpreise treffen, nicht mehr in der Lage sind, diesen Weizen zu bezahlen.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Sie wollten das doch!)

Es ist unsere Pflicht, das Welternährungsprogramm zu unterstützen und Gelder zur Verfügung zu stellen.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und Dr. Ralf Nolten [CDU])

An der Stelle finde ich es richtig und wichtig, dass Deutschland, dass der Bundeslandwirtschaftsminister in einem ersten Schritt zusätzlich 200 Millionen Euro zur Verfügung stellen will. Angesichts der Herausforderungen – da sind ja Summen von 40 Milliarden Euro im Raum – ist das, glaube ich, eine erste Ankündigung. Wir werden sicherlich noch mehr tun müssen.

Wir müssen jetzt überlegen: Was können wir tun? Dann ist es sehr logisch – ich kann das nachvollziehen –, dass man als Erstes darüber nachdenkt, was man mit den ökologischen Vorrangflächen, was man zukünftig mit den Stilllegungsflächen macht. Wenn man bewerten will, welches Potenzial sie wirklich haben, dann muss man sie sich genau angucken.

Bei den ökologischen Vorrangflächen finde ich interessant, dass die meisten Landwirte, wenn man sie fragt, was sie denn mit den ökologischen Vorrangflächen machen, was sie da noch leisten könnten, abwinken. Gerade hier in Nordrhein-Westfalen sagen die allermeisten, sie könnten da gar nichts machen. Denn Nordrhein-Westfalen ist das Land der Zwischenfrüchte. Bei den ökologischen Vorrangflächen haben die allermeisten Landwirte beim Greening auf Zwischenfrüchte gesetzt, um die Fläche insgesamt weiter nutzen zu können.

Wenn man sich die ökologischen Vorrangflächen unter dem Punkt – ich nenne es mal – „echte Brachen“ ansieht, dann stellt man fest, dass es sich um 7.500 ha handelt. 7.500 ha – und das sind nicht die allerbesten Flächen – sind kein riesiges Potenzial im Verhältnis zu über 1 Million Hektar Ackerland, die wir in Nordrhein-Westfalen haben.

Ich sage auch – darüber können wir mal gemeinsam nachdenken –: 7.500 ha sind ungefähr die Fläche, die wir jedes Jahr in Nordrhein-Westfalen der Landwirtschaft an Ackerland entziehen – Jahr für Jahr – und umwidmen in Siedlungsfläche, Straßenbau usw. In der Vergangenheit hätte ich mir Unterstützung gewünscht, dass wir diese 7.500 ha jedes Jahr gehalten hätten. Das wäre gut gewesen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich schätze das Potenzial eher gering ein.

Jetzt sind wir bei der zukünftigen Flächenstilllegung 2023: 4 %. Ich finde, da müssen wir uns ehrlich machen. Die Fläche ist natürlich per se größer, wir reden dann über ein Volumen von rechnerisch 50.000 ha.

Aber auch hier verringert sich die Fläche dadurch, dass Betriebe mit erheblichem Grünlandanteil, dass Betriebe mit unter 10 ha Ackerland schon einmal ausgenommen sind. Sie müssen ihre Flächen nicht stilllegen.

Dazu kommt, dass man die sogenannten Landschaftselemente in diese Stilllegungsflächen integriert, sodass man am Ende vielleicht bei 40.000 ha landet, wenn überhaupt. Wenn es 40.000 ha sind, dann kann man diese Flächen nicht mit dem NRW-Durchschnittsertrag für Weizen ansetzen – 7,5 t –, sondern man wird einen geringeren Ertrag nehmen müssen. Das wären dann vielleicht 5 t.

Es handelt sich um Flächen, die am Waldrand liegen, Flächen, die feuchter sind, Flächen, die eine schlechtere Bodenqualität haben. Die Landwirte legen ja nicht einen durchschnittlichen Acker still, sie legen die schlechtesten Flächen still, die sie haben. Insofern ist der Ertrag, der zu erwarten ist, gar nicht so hoch.

Die Hoffnung, Frau Peill, die Sie eben vorgetragen haben, dass wir durch die Nutzung dieser Flächen

wirklich viel erreichen können, sehe ich als eher gering an. In der Abwägung zwischen möglicherweise zusätzlichen Erträgen und der Funktion, den diese Brachflächen ökologisch haben, komme ich dazu, es nicht zu tun, sondern den Kurs, den wir hier immer wieder gemeinsam vereinbart haben, fortzusetzen, nämlich mit einer ökologischeren Landwirtschaft, die auf den vorhandenen Ackerflächen, die sie nutzt, im globalen Vergleich sehr hohe Erträge erzielt, auch weil sie so intensiv ist, weil sie stark mit Stickstoff arbeitet.

An dieser Stelle sagen wir: Das ist nicht der richtige Weg. Ich werde Ihnen gleich im zweiten Teil unsere Lösungsvorschläge darlegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Heinen-Esser.

Ursula Heinen-Esser^{*)}, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was Sie gemacht haben, Herr Rüße, war ein bisschen schöngerechnet und runtergerechnet,. Ich werde das gleich noch etwas erläutern.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Dass der Krieg in der Ukraine zu einer sehr schweren humanitären Katastrophe in der Ukraine führt, wissen wir alle. Das sehen wir tagtäglich auf den Bildern, die uns erreichen. Dass der Krieg in der Ukraine auch zu schweren Versorgungsengpässen in Teilen der Welt führen kann, ist bereits jetzt in Ansätzen zu spüren.

Die Anteile Russlands und der Ukraine an den weltweiten Getreideexporten liegen bei etwa 30 %, die über die Schwarzmeerhäfen vorrangig in den Mittelmeerraum, den Nahen Osten sowie Nord- und Ostafrika gehen. In diesen Regionen – das muss uns heute sehr bewusst sein – droht die ernste Gefahr einer Hungerkrise, zumal sich die weltweiten Getreidevorräte, mit denen die ausfallenden Exporte Russlands und der Ukraine ersetzt werden könnten, tatsächlich auf einem sehr niedrigen Stand befinden.

Die Europäische Union und Deutschland sind bei Weizen und bei vielen anderen Agrarprodukten Selbstversorger. Wir können Weizenimporte aus Russland, aus der Ukraine tatsächlich vernachlässigen. Es gibt keine Hinweise auf Engpässe in der Versorgungssicherheit.

Wir müssen aber auch die weltweite Lage betrachten. Das müssen wir auch aus dem Landtag von Nordrhein-Westfalen heraus tun, das muss die nordrhein-westfälische Landesregierung tun. Wir müssen helfen, die Katastrophen, die sich in bestimmten

Ländern dieser Welt – im Nahen Osten, in Afrika – vielleicht schon in diesem Jahr entwickeln, abzumildern.

Deshalb hat die EU-Kommission mit dem Beschluss vom 23. März den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit eröffnet, brachliegende ökologische Vorrangflächen für das Jahr 2022 zur Erzeugung von Lebensmitteln und Futtermitteln freizugeben und auf diesen Flächen auch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu erlauben. Ferner können die Mitgliedsstaaten entscheiden, diese Flächen im Rahmen der Anbaudiversifizierung als Brache anrechnen zu lassen.

Die Eins-zu-eins-Umsetzung dieser Maßnahme ist dringend erforderlich, um eine Verschärfung der Welternährungssituation und die Turbulenzen auf den Agrarmärkten, die schon jetzt zu einem erheblichen Preisanstieg geführt haben, abzumildern. Es müssen tatsächlich alle bestehenden Möglichkeiten genutzt werden, um das landwirtschaftliche Produktionspotenzial sowohl für die Lebensmittel- als auch für die Futtermittelversorgung in Deutschland zu erhöhen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Deutschland darf in dieser wichtigen Frage einfach nicht untätig bleiben und sich in der Europäischen Union isolieren. Das haben wir mit der Mehrheit der Länder in der vergangenen Woche auf der Agrarministerkonferenz auch so formuliert. Ich will Ihnen sagen, welche Länder dabei waren: Das waren Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, das Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Diese Länder setzen sich maßgeblich dafür ein, dass wir in diesen schwierigen Zeiten in Deutschland jetzt wirklich mehr Anbaufläche zur Verfügung haben.

Der zweite Punkt, der uns wichtig ist, ist das Thema „4 % Stilllegungsflächen“. Nächstes Jahr, ab 2023, sollen 4 % der Flächen stillgelegt werden. Wir bitten darum, diese Stilllegung zu verschieben. Wenn wir dann insgesamt – durch die beiden Punkte – 40.000 bis 50.000 ha zusätzliche Anbaufläche haben, sendet das ein Signal in den Markt hinein. So funktioniert Markt eben. Man kann ihn nicht aushebeln, wegrechnen oder wie auch immer. Das ist ein wichtiges Signal in den Markt hinein, und deshalb brauchen wir das.

Ich bitte insbesondere die G-Länder, die grünen Länder, sich einen Ruck zu geben und sich noch einmal intensiv mit der Frage auseinanderzusetzen. Ich sage es ganz deutlich: Das ist lebensnotwendig.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir beobachten im Landwirtschaftsministerium intensiv die Versorgungslage bei uns in Nordrhein-Westfalen. Noch gestern Abend habe ich mich mit der Land- und Ernährungswirtschaft ausgetauscht.

Die Ergebnisse des Austausches fließen in unsere Arbeit ein.

Ich muss Ihnen eines sagen: Als wir in der ersten Märzwoche mit diesem Austausch begonnen haben, haben wir überall noch eine ruhige, stabile Lage gesehen. Heute ist die Versorgungssicherheit nach wie vor gewährleistet, wir stellen aber doch einen erheblichen Druck bei den Preisen fest; das ist von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon deutlich gemacht worden. Wir haben Probleme in der Logistik sowie teils bei der Verpackung und ähnlichen Themen. Auch das hat wieder etwas mit Energiekosten zu tun.

Damit werden wir uns auch weiter intensiv auseinandersetzen müssen. Ich kann nur an alle hier appellieren: Lassen Sie sich die Zahlen, die Frau Dr. Peill vorhin in ihrer Rede genannt hat, noch einmal durch den Kopf gehen. Dann wissen Sie, dass dies eine einfache Methode ist, um sehr schnell Wirkung zu erzielen. Darum bitten wir hier nachdrücklich um Ihre Unterstützung. – Danke.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin Heinen-Esser. – Für die SPD hat die Abgeordnete Frau Watermann-Krass das Wort.

Annette Watermann-Krass (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Krieg in der Ukraine ist eine Katastrophe und wird zu Verwerfungen auf den Agrarmärkten führen; wir haben es vorhin schon in aller Ausführlichkeit von verschiedenen Kolleginnen und Kollegen gehört. Ich denke aber nicht, dass es uns auf lange Sicht helfen wird, jetzt alle Verabredungen – wir haben diese wirklich errungen; ich denke an den Green Deal auf der europäischen Ebene – und gemeinsam vereinbarten Ziele über Bord zu werfen, weil wir diese Überlegungen anstellen.

Am Montag hat ALDI angekündigt, die Preise für Lebensmittel als Reaktion auf gestiegene Kosten in der Produktion – vornehmlich für Energie und Düngemittel – anzuheben. Das ist insbesondere für viele Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen eine Hiobsbotschaft. Das ist auch ein klarer Arbeitsauftrag an uns. Dies hat Lisa Kapteinat vorhin schon in aller Ausführlichkeit dargelegt.

Das Entlastungspaket, das die Bundesregierung jetzt auf den Weg bringt, muss schnell umgesetzt werden. Es gilt auch, von Landesseite für eine wirkliche Entlastung vor allem der kleinen und mittleren Einkommen zu sorgen.

Zeitgleich müssen wir unsere Landwirtschaft dabei unterstützen, die hohen Kosten abzufedern. Die Preissteigerungen müssen bei den Produzenten und gerade vor Ort bei unseren Landwirten ankommen.

Denn alle Kosten, unter anderem für Dünger, Futtermittel und Energie, sind deutlich gestiegen. Ich sehe das auch als Aufforderung an die Politik, genau hinzuschauen, wer sich an welcher Stelle die Mehrkosten wirklich unter den Nagel reißt.

Der Krieg in der Ukraine hat uns vor Augen geführt, dass die Ernährungssicherheit der Weltbevölkerung nicht garantiert ist. Das war sie aber auch noch nie. Jährlich sterben über 3 Millionen Kinder an Hunger, über 800 Millionen Menschen weltweit hungern. Gestern gab es wieder neue Zahlen, die einen deutlichen Anstieg zeigen.

Viele afrikanische Länder sind in einem hohen Maß auf landwirtschaftliche Einfuhren aus der Ukraine angewiesen. Die EU muss prüfen, inwieweit wir hier helfend beiseitestehen können.

Frau Ministerin, zu dem, was Sie ausgeführt haben: Sie haben unsere volle Unterstützung dafür, dass wir gerade in diesem Bereich unsere Verantwortung wahrnehmen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Globale Lebensmittelknappheiten werden allerdings keineswegs durch mangelnde Produktion verursacht, sondern dadurch, dass Lebensmittel ungleich verteilt und ineffizient genutzt werden. Hier braucht es alle Anstrengungen über die Welthungerhilfe, die Vereinten Nationen und auch unsere nationale Entwicklungszusammenarbeit. Hier braucht es auch ein klares Vorgehen gegen die Verschwendung von Lebensmitteln innerhalb der EU. Denn die von uns hier verschwendete Weizenmenge entspricht dem halben Export der EU. Das gehört auch zur Wahrheit.

Wir dürfen diesen Krieg aber nicht dafür nutzen, um politische Maßnahmen, die entgegen den eigenen Interessen, aber durchaus demokratisch beschlossen wurden, kurzfristig abzuschaffen. Ich höre dazu derzeit drei Aussagen bzw. Argumente sehr häufig. Diese führe ich jetzt einmal kurz aus.

Erstens. Gegen die Flächenstilllegung wird argumentiert: Wir brauchen mehr Fläche, um Lebensmittel zu produzieren; um die Versorgung anderer Länder zu sichern, müssen wir ökologische Vorrangflächen und die Stilllegung entsprechend der GAP aussetzen.

Dieses Argument – das haben wir in der letzten Runde hier schon miteinander diskutiert – kann ich nur bedingt so stehen lassen. Diese Regelungen zur Flächenstilllegung sind von zentraler Bedeutung für Biodiversität und Artenschutz. Zeitgleich ist der tatsächliche Ertrag – Herr Rüße hat es eben ausgeführt – noch immer ungewiss.

Es kann also sein, dass wir langfristig einen sehr hohen Preis für einen kurzfristig vielleicht nur sehr geringen Nutzen zahlen und uns damit auch weiter von einem robusten Ernährungssystem entfernen –

einem System, das künftigen Schocks standhält und eine gesunde und nachhaltige Ernährung sichert.

Das sind übrigens nicht nur meine Worte, sondern die Worte von mehr als 600 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die in dieser Woche einen Aufruf in dieser Sache gestattet haben.

Zweitens. Wir müssen in NRW einen wesentlich höheren Beitrag zur Weizenproduktion leisten. – Dabei wissen wir, dass wir 60 % unserer Weizenernte an Tiere verfüttern, von denen wir bei rückläufigem Fleischkonsum sowieso mehr haben, als wir sollten. Wenn wir also mehr Fläche zur Weizenproduktion brauchen, dann müssen wir an diesem Punkt ansetzen und den Tierbestand reduzieren. Das ist eine Empfehlung, die übrigens sowohl in unserem vorgestellten Enquetebericht als auch von der Zukunftskommission Landwirtschaft und der Borchert-Kommission klar ausgesprochen wurde.

Wenn wir weiterhin über unsere ökologischen Grenzen hinaus produzieren, werden wir mittelfristig in eine viel schlimmere Ernährungsunsicherheit hineingeraten.

Drittens. Wir müssen mehr Dünger einsetzen, damit insbesondere Weizen mit hohem Proteingehalt produziert werden kann. – Auch dem muss ich ganz entschieden widersprechen. Zahlreiche Experten sagen ganz explizit: Es kommt auf die Weizensorten an und weniger auf den Dünger. – Orientierung an tatsächlichen Backeigenschaften wäre eine Lösung, um Überdüngung zu vermeiden.

Außerdem verfüttern wir einen Großteil des Weizens mit hohem Proteingehalt, obwohl wir hier mit einer Mischung aus Weizen mit weniger Proteinen und Hülsenfrüchten eine Alternative hätten. Das ist eine Alternative, die dann insgesamt weniger Dünger bedeuten würde.

Genau solche Ansätze braucht es doch jetzt viel eher. Schließlich sehen wir den massiven Preisanstieg bei Düngemitteln. Unsere erste Strategie muss also sein, Lösungen mit weniger Düngerbedarf zu finden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen viele Lösungsansätze diskutieren, um die kommenden Ernährungskrisen zu bewältigen, die ich, wie gesagt, global sehe. Bei der morgigen Sitzung im Bundesrat wird vermutlich nur einer von vielen Schritten getan werden. Wir dürfen doch nicht so tun, als gäbe es einfache und vor allem schnelle Lösungen für komplizierte Probleme. Diese klingen zwar auf dem Papier toll. Aber wir würden damit langfristig das Problem des Welthungers nicht lösen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Watermann-Krass. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Winkelmann.

Bianca Winkelmann (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr sollt es nie vergessen, die Bauern sorgen für unser Essen. – Diesen Spruch habe ich in meinen bisherigen Reden häufig verwendet. Er ist im Moment aktueller denn je. Denn wer hätte gedacht, dass wir in Deutschland des 21. Jahrhunderts über Engpässe in der Diesel- und Düngemittelversorgung sprechen und uns sorgen müssen, wie die nächste Ernte eingebracht wird und ob die Ackerfrüchte zur Ernte 2023 überhaupt noch ausreichend gedüngt werden können?

Wir haben nun schon viele Meinungen zu diesem Thema gehört. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir uns heute hier im Landtag im Rahmen dieser Aktuellen Stunde mit diesem so lebenswichtigen Thema beschäftigen. Die Kollegin Frau Dr. Peill hat vorhin passgenau die aktuelle dramatische Situation beschrieben und das Ganze auch mit Zahlen belegt.

Ich hatte gehofft, dass auch bei unseren Oppositionsparteien ein wenig Umdenken einsetzt. Ein bisschen sehe ich das, wenn ich an die Debatte vor zwei Wochen denke. Denn damals hatte die Kollegin Watermann-Krass im Plenum noch gesagt, sie sehe gar keine Probleme bei der Versorgung der Landwirtschaft in der Ukraine mit Diesel. Wir wissen heute: Es ist ganz dramatisch, was dort passiert.

Ich bin deswegen sehr erleichtert gewesen, als wenigstens die SPD-Agrarministerin auf der letzten AMK – Frau Ministerin hatte vorhin darauf hingewiesen – mehr Weitblick bewiesen haben.

Kollege Rüße, die Abhängigkeit der Länder von russischem Importweizen möchte ich am Beispiel von Ägypten kurz festmachen. 80 % des Weizens, der in Ägypten verbraucht wird, kommen aus Russland und aus der Ukraine. Warum? Das wissen wir doch: Weil in Ägypten gar nicht die klimatischen Bedingungen da sind, um so viel Weizen produzieren zu können.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das ist doch der Grund, weshalb diese Länder abhängig sind.

Wir müssen jetzt jedes Potenzial nutzen, um kurzfristig reagieren zu können. Denn langfristig – Frau Watermann-Krass, das sehe ich ein bisschen anders – zahlen wir sonst einen höheren Preis. Langfristig zahlen wir den Preis der Fluchtbewegung. Wenn Menschen in ihren eigenen Ländern nicht mehr satt werden, wird das auch bei uns in Nordrhein-Westfalen zu großen gesellschaftlichen Verwerfungen führen.

Wir sind jetzt verantwortlich, die Weichen zu stellen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Niemand, erst recht kein Landwirt, verliert die Themen „Ressourcenschutz“ und „Artenvielfalt“ aus dem Blick.

Gleichzeitig muss man angesichts der nun schon absehbaren Versorgungsengpässe aber doch realistisch sein und alles unternehmen, um Ernten zu sichern. Denn der Krieg in der Ukraine erschüttert gerade in einem nie da gewesenen Maße das komplette globale Ernährungssystem.

Ich mache das an zwei Beispielen fest. Etwa drei Viertel der weltweiten Exporte an Sonnenblumenöl kommen aus der Ukraine und Russland. Sonnenblumenöl und Mehrkornbrötchen können daher in den nächsten Wochen mit großer Wahrscheinlichkeit nicht mehr wie gewohnt verfügbar sein; denn lediglich 6 % der Sonnenblumenkerne stammen aus der heimischen Produktion.

Ich bin mir leider sicher: Die Sonnenblumenölkrise ist nur der Anfang. So traf es in den letzten Wochen beispielsweise ganz besonders die ökologisch wirtschaftenden Betriebe; denn offensichtlich kommt ein großer Teil GVO-freien Futtergetreides für die ökologische Schweine- und Geflügelhaltung aus der Ukraine.

Eingangs habe ich davon gesprochen, dass die Düngung der Feldfrüchte für die Ernte 2023 gefährdet ist. Die deutsche Landwirtschaft düngt unsere Felder etwa zur Hälfte mit organischem Dünger, also Gülle und Mist, und zur anderen Hälfte mit mineralischem Dünger. Um mineralischen Dünger herzustellen, braucht es Energie, in der Regel Gas. Dieses wird aber kurzfristig nicht oder nur zu hohen Preisen zu beziehen sein.

Was den organischen Dünger, also Gülle und Mist, angeht, der ja die Grundlage der funktionierenden Kreislaufwirtschaft innerhalb der Landwirtschaft widerspiegelt, fordert der grüne Agrarminister in Berlin auch noch eine Halbierung der Tierbestände. Ich sehe das etwas anders. Denn weniger Tiere würden natürlich auch weniger Dünger und damit noch weniger Düngemittel bedeuten, die für das Pflanzenwachstum zur Verfügung stehen. Das ist angesichts der Versorgungsengpässe, auf die wir zusteuern, doch irre.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mache es ganz konkret – Frau Dr. Peill hat auch schon darauf hingewiesen –:

Wir fordern jetzt die Zulassung der ökologischen Vorrangflächen auch für den Anbau von Getreide und Mais, wie auch auf der AMK gefordert.

Wir fordern für 2023 die Aussetzung der 4%igen Flächenstilllegung.

Wir fordern ein Moratorium der Verschärfung der Düngeverordnung; denn wenn in der jetzigen Situ-

ation ab dem nächsten Jahr mehr als ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Nordrhein-Westfalen nicht mehr bedarfsgerecht gedüngt werden darf, dann kann auf diesen Flächen auch kein Qualitätsweizen mehr wachsen, und das können wir uns im Moment nicht leisten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir fordern einen höheren Ausgleich der Kraftstoffkosten über die Dieselerückvergütung spätestens im Antragsjahr 2022 und aktuell über die Aussetzung der Energiesteuer auf Treibstoffe; denn damit könnte man jetzt sofort die Erzeugerkosten und damit auch die Kosten der Bürgerinnen und Bürger für die Lebensmittel im Supermarkt senken.

Wir fordern – ganz wichtig –: Für die ökologische Tierhaltung müssen Instrumente erlaubt werden, zum Beispiel die anteilige Freigabe von konventionellen Futtermitteln. Hühner und Schweine können doch jetzt nicht verhungern, nur weil das Biofutter aus der Ukraine fehlt.

Auch für die Verwendung der angekündigten Agrar-krisenmittel in Höhe von 180 Millionen Euro müssen kluge Lösungen gefunden werden, damit die Landwirte im Land sofort entlastet werden. Das hilft auch bei den Preisen für Lebensmittel.

Ferner fordern wir mittelfristig, dass die Farm-to-Fork-Strategie den Aspekt der Ernährungssicherheit stärker in den Fokus nimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 42 Tage ist es her, dass Putin diesen Krieg angefangen hat, dass Putin die Ukraine angegriffen hat. Jeden Tag erreichen uns neue schreckliche Bilder. Jeder hier wünscht sich ein Ende dieses furchtbaren Krieges.

Ich bin Mutter von drei Kindern, darunter zwei Söhnen. Viele von uns sind Eltern und Großeltern. Unsere Söhne, unsere Ehemänner und unsere Enkel wollen wir nicht in einen Krieg schicken. Niemand will, dass Deutschland in die kriegerischen Auseinandersetzungen eingreifen muss.

Daher ist die stärkste Waffe, die wir einsetzen können, um diesen russischen Aggressor zu stoppen, ihn wirtschaftlich zu isolieren.

(Beifall von Romina Plonsker [CDU])

Nicht wir haben unsere Weltordnung auf den Kopf gestellt, sondern er.

Es ist daher unsere Aufgabe, die Weichen zu stellen, um unseren Landwirten die Möglichkeit zu geben, das zu tun, was sie immer getan haben, nämlich für unser täglich Brot zu sorgen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Winkelmann. – Für die Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen spricht noch einmal Herr Kollege Rüße.

(Zurufe von der CDU: Jetzt bin ich gespannt!
Jetzt stimmt er uns zu!)

Norwich Rüße⁹⁾ (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Teil zwei folgt. Ich würde doch gerne ein bisschen ... Frau Winkelmann, eigentlich wollte ich etwas ganz anderes sagen. Aber das, was Sie gerade vorgetragen haben ... Ich war so froh, dass Sie bei der Beantragung der Aktuellen Stunde die Düngeverordnung außen vor gelassen haben. Dass Sie das jetzt trotzdem wieder ins Spiel bringen ... Alles, was Sie thematisieren, wirkt rückwärtsgewandt und nicht nach vorne.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Frau Winkelmann, ich weiß nicht, was Sie als Abgeordnete so machen. Sie müssten doch ein Abo von top agrar haben. Die Kollegin Frau Watermann-Krass hat eben einen Artikel erwähnt, in dem es um Weizen geht. Professor Longin aus Stuttgart hat sich genau dazu geäußert. Die Backqualität des Weizens ist nämlich nicht abhängig davon, dass man die letzte Düngung, die Spätdüngung macht, wie die Bauern es jahrelang betrieben haben, weil sie auch danach bezahlt wurden. Vielmehr ist der Weizen sehr wohl auch anders nutzbar und weniger intensiv gedüngt backfähig.

(Zuruf von der CDU)

Da sind wir bei dem Punkt. Sie, Frau Ministerin, haben die Düngeverordnung angesprochen. Sie sind ja nicht nur Landwirtschaftsministerin – so sind Sie hier eben aufgetreten –, sondern auch für Umwelt und Natur zuständig. Ich finde es auch eine gute Lösung, dass wir in Nordrhein-Westfalen diese Zuständigkeit haben. Aber ich möchte gerne, dass Sie das dann auch gleichermaßen sehen.

Wir haben jetzt so lange über die Problematik der Artenvielfalt geredet. Wenn wir nun schon wieder sagen: „Wir wollen das nicht; wir wollen die ökologischen Vorrangflächen nutzen; wir wollen die Stilllegungsflächen in den nächsten Jahren nicht haben“, dann ist das doch für die Artenvielfalt ein enormer Rückschritt. Das können wir nicht wollen.

An dieser Stelle bin ich wieder bei dem Artikel zum Weizen. Wenn es stimmt, was dieser Professor sagt – und er beschäftigt sich sehr viel mit dieser Frage –, nämlich, dass wir nur 30 % unserer Weizenernte in Deutschland zum Backen verwenden, obwohl 80 % backfähig wären,

(Zurufe von der CDU)

dann ist alleine bei dieser Weizenernte von 25 Millionen Tonnen noch ganz viel Reserve da, die man sehr wohl nutzen könnte, um zu backen.

Wenn Sie Hunger haben, dann gucken Sie, glaube ich, nicht danach, ob das Brötchen super aufbackt, sondern der Weizen muss überhaupt backfähig sein.

(Beifall von den GRÜNEN und Inge Blask [SPD] – Zuruf von Matthias Goeken [CDU])

Ich habe großes Vertrauen in die Wissenschaft und darin, dass ein Professor, der dieses Thema seit Jahren bearbeitet, schon weiß, worüber er redet.

(Zuruf von Dr. Patricia Peill [CDU])

Wenn wir von diesem Delta zwischen „30 % genutzt“ und „80 % nutzbar“ nur ein Zehntel nutzen und für die Menschen auf dieser Welt verfügbar machen würden, entspräche dies über 1 Million Tonnen. Eine solche Menge kriegen Sie nicht von Ihren ökologischen Vorrangflächen. Deshalb müssen wir diesen Weg beschreiten.

Wir können uns auch einmal darüber unterhalten, dass der Schweinefleischverzehr in Deutschland in den letzten zehn Jahren von 40 kg pro Kopf auf 30 kg pro Kopf gesunken ist.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das ist ein Viertel weniger. Die nächste Generation sagt, dass sie aus genau diesen Gründen – Klimaschutz, Rettung der Artenvielfalt, Sicherung der globalen Ernährung – weniger Fleisch essen will.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das sind die Schlüssel, an denen wir gemeinsam arbeiten müssen.

Wir werden unseren Konsumstil ändern müssen. Wir können nicht so viel Energie verbrauchen.

Dazu gehört auch der Dünger. Perspektivisch werden wir nicht in diesen Mengen erdgasbasierten Dünger einsetzen können. Es muss doch klar sein, dass das nicht geht. Wir werden mehr Leguminosen anbauen. Da sind wir doch auch auf einem guten Weg. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam weitergehen.

Ich appelliere an Sie alle. Herr Diekhoff, ich, wir alle haben in einer Enquetekommission zusammengearbeitet, die, wie ich finde, 165 sehr gute Handlungsempfehlungen gemacht hat und sehr kompatibel mit der Zukunftskommission Landwirtschaft auf Bundesebene ist.

(Dr. Patricia Peill [CDU]: Herr Rüße, es geht um das Jetzt! Nicht in fünf Jahren!)

Das ist doch der Punkt. Den Weg muss man gemeinsam bestreiten. Man kann nicht jetzt zu den Rezepten von gestern zurückgehen, sondern muss sehen, wo man heute wirkliche Reserven öffnen kann.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Matthias Goeken [CDU])

Ich habe Ihnen gesagt, dass es die Möglichkeit gäbe, über 1 Million Tonnen aus der Weizenproduktion in Deutschland freizusetzen. Das sind tatsächlich realisierbare Möglichkeiten. Daran sollten wir herangehen

(Zuruf von Bianca Winkelmann [CDU])

und nicht so vorgehen, wie Sie es sagen.

(Bianca Winkelmann [CDU]: Ganz schlimm! Ganz schlimm!)

Denn dann würden wir tatsächlich Klimakrise, Krise der Artenvielfalt und Ernährungskrise gegeneinander ausspielen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Norwich Rüße* (GRÜNE): Das wollen wir Grüne nicht. Wir wollen zukunftsgerichtete Konzepte. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und André Stinka [SPD] – Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist geübte egoistische Politik! Nur uns sehen, nicht die Dritte Welt! Die Dritte Welt siehst du nicht! Ich bin entsetzt! Ich bin wirklich entsetzt! Unglaublich! – Andreas Keith [AfD]: Schauspielerlei! Die Gewinnung von Kobalt ist Ihnen genauso egal! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Mit Ihnen rede ich doch gar nicht!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. – Für die FDP spricht Herr Kollege Haupt.

Stephan Haupt (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Rüße, das hat mich jetzt schon ein bisschen irritiert, gerade Ihre Aussage, dass man bezüglich des backfähigen Weizens der Wissenschaft vertrauen müsste. Ich traue da dem Kollegen der CDU, der jahrzehntelang selbst in der Backstube gestanden hat, etwas mehr zu. Da sollten wir auf die Praktiker hören.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Matthias Goeken [CDU] – Norwich Rüße [GRÜNE]: Ein Professor hat also keine Ahnung? – Franziska Müller-Rech [FDP]: Von Handwerk habt ihr keine Ahnung!)

– Da sind wir bei Theorie und Praxis. Ich glaube, Herr Kollege Rüße, wenn Sie einen Professor in eine Backstube stellen, dann werden Sie morgen keine Brötchen haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Liebe Kollegen, wir haben jetzt schon ganz viel über die Folgen des Krieges zwischen Russland und der

Ukraine gesprochen. Das Ganze schlägt sich bei uns in extremen Preissteigerungen nieder. Insbesondere für unsere geringverdienenden Verbraucherinnen und Verbraucher ist das eine enorme Belastung.

Die Discounter haben ihre Preise in dieser Woche teils drastisch erhöht. Weitere Erhöhungen sind angekündigt. Der Andrang bei den Tafeln ist in jüngster Zeit leider sprunghaft angestiegen – bei gleichzeitig geringeren Lebensmittelspenden der Supermärkte.

Die aktuellen Energie- und Lebensmittelpreissteigerungen haben politische Ursachen und schlagen auf alle Sektoren durch. Da sind wir uns alle einig. Dem können wir nicht tatenlos zusehen.

Denn es werden ja nicht einfach Lebensmittel teurer, damit die Landwirtschaft nun endlich einen größeren Anteil an der Wertschöpfungskette hat. Das würden wir uns alle wünschen. Aber das Gegenteil ist der Fall: Da die Düngemittelpreise und die Energiepreise so enorm gestiegen sind, steigen die Produktionskosten für die Landwirte in immer weitere Höhen, und es bleibt trotz höherer Preise für die Landwirte weniger Anteil an der Wertschöpfungskette. Diese Situation ist für Verbraucher und Landwirte bedrohlich.

Umso unverständlicher ist die geplante Flächenstilllegung zulasten von Verbrauchern und Landwirten. Die Ernteauffälle in der Ukraine in diesem Jahr und die damit verbundenen Lasten werden sich erst noch niederschlagen. Wir dürfen daher den Eigenversorgungsgrad der Bevölkerung nicht außer Acht lassen. In Krisen wie bei Corona oder jetzt dem Ukrainekrieg zeigt sich, dass es eigentlich nicht die dümmste Idee ist, wenn man sein eigenes Volk auch selbst ernähren kann.

Erste Betriebe bei uns am Niederrhein können ihre Gewächshäuser, in denen Gemüse produziert wird, angesichts der hohen Energiekosten nicht mehr wirtschaftlich betreiben und verlagern deshalb ihre Produktionsstätten ins Nicht-EU-Ausland.

Geht es so weiter, drohen auch beim heimischen Gemüseanbau starke Produktionsrückgänge, was zu einer weiteren Preisspirale zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher führen würde. Verbraucher und Produzenten brauchen daher dringend eine Entlastung. Wir dürfen die Menschen in unserem Land nicht alleine lassen.

Da stehen wir auch in einer globalen Verantwortung; denn das Lebensmittel, das hier nicht produziert wird, führt zu einer weiteren globalen Verknappung. Daher ist es in der jetzigen Situation das vollkommen falsche Signal, wertvolles Ackerland stillzulegen. Das ist nicht zielführend und entsprechend auch nicht angebracht. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Haupt. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Blex.

Dr. Christian Blex (AfD): „Inflation in Deutschland“; „Preisschock bei Lebensmitteln befürchtet“; „Lebensmittelpreise könnten massiv steigen“; „Cem Özdemir: Landwirtschaftsminister nennt niedrige Lebensmittelpreise ‚Sauerei‘“; „Weltmarktpreise für Lebensmittel steigen um 28 Prozent“; „Umweltökonomien fordern drastische Verteuerung von Fleisch“.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Diese Schlagzeilen der regierungsnahen – wohlgemerkt: der regierungsnahen – Medien sind von Dezember, Januar und Februar. Die Explosion der Lebensmittelpreise liegt ursächlich nicht in dem aktuellen Ukraine-Konflikt. Sie und Ihre Umweltpolitik sind hauptverantwortlich dafür – übrigens eine Umweltpolitik, die es in der Ukraine natürlich nicht gibt. Genau deshalb hat die Ukraine auch Lebensmittel exportiert.

Auch unsere Noch-Mallorca-Ministerin will höhere Preise für Lebensmittel. Klar! Frau Ministerin, was interessieren schon eine Ministerin, die sich fast ihr ganzes Berufsleben auf Staatskosten mehr als nur gut genährt hat, die finanziellen Sorgen der normalen arbeitenden Bevölkerung?

(Beifall von der AfD – Zuruf von der SPD: Unverschämt!)

„In Deutschland werden Lebensmittel zum Teil geradezu verramscht.“ Zitat von der Frau Mallorca-Ministerin vom 15. November 2019!

Sie haben vor einem Jahr im Februar – vor einem Jahr! – eine Bundesratsinitiative gegen das Preisdumping bei Lebensmitteln eingebracht: Auf Niedrigpreise abstellende Werbung verbieten. Verbot des Einkaufes von günstigen Waren. Verboten! – Das war ein vorgespieltes Wehklagen über zu wenig Gewinne für die Landwirte, ohne – auch das gehört zur Gesamtbetrachtung dazu – zu erwähnen, dass der Staat natürlich am Geschäft durch die Mehrwertsteuer mitverdient.

Die Lösung gegen bezahlbare Lebensmittel – gegen bezahlbare Lebensmittel! – war damals – und das scheint auch heute noch bei der Mallorca-Party-Ministerin so zu sein –: Der Staat muss die Preise durch eine Fleischsteuer künstlich erhöhen. – Sie wollen die Produkte teurer machen. Es muss bewusst verteuert werden.

Das ist ja auch ganz klar. Das war früher in Frankreich schon so, und das ist heute offensichtlich hier auch so. Warum soll denn der einfache Arbeiter auch jeden Tag Fleisch essen? Ihm reichen ja zur Proteinversorgung auch Bohnen und Steckrüben. Das war ja vor 150 Jahren in Deutschland auch noch so.

Sie alle, die grüne SUV-Bourgeoisie, wollen sich natürlich weiterhin Ihr tägliches Biofleisch gönnen, sei es hier oder auf einer Geburtstagsparty auf Mallorca. Nicht wahr, Frau Ministerin?

Wir als Alternative für Deutschland haben uns immer gegen eine Fleischsteuer ausgesprochen – nicht nur, weil wir uns als Einzige noch um das Wohl des normalen Menschen kümmern, sondern, weil das Geld für diese Fleischsteuer einfach in der Staatskasse verschwindet und natürlich nicht beim Landwirt ankommt.

Wir haben am 18. August 2020 einen Antrag gegen die künstliche Verteuerung der Lebensmittelproduktion eingebracht. Mit Tierschutz sollten keine Haushaltslöcher gestopft werden. Sie haben uns belächelt und den Antrag abgelehnt.

Wir haben einen Antrag gegen den Anbau von Energiepflanzen für die Kraftstoffherstellung auf Kosten der Lebensmittelproduktion am 28. September 2021 gestellt. Oh, was haben Sie alle aufgeschrien!

Dabei wollen Sie jetzt alle – auch CDU und FDP – natürlich immer noch die Ausweitung der Kraftstoffherstellung auf weniger effiziente Wildpflanzen. Sie haben die Flächen aus der Nahrungsmittelproduktion herausgenommen. Sie alleine sind hier für das Ganze verantwortlich.

Der Gipfel ist: Wir haben noch im Februar dieses Jahres einen Antrag gegen die Preisexplosion geschrieben. Sie haben unseren Antrag abgelehnt. Das war vor dem Ukraine-Konflikt. Und jetzt tun Sie so überrascht, als hätte niemand Sie vor den Auswirkungen Ihrer Politik gewarnt.

Seit Montag hat ein namhafter Discounter die Preise für Fleisch, Butter und andere Milcherzeugnisse massiv erhöht. Es geht um einen Preisaufschlag von 30 %. Andere Handelsketten folgen, auch vor dem Hintergrund der von Ihnen und der EZB angeheizten Inflation. Noch nie waren Lebensmittel in Deutschland so teuer wie jetzt.

Aber wir sind genau da angekommen, wo uns die Mallorca-Party-Ministerin doch haben wollte. Aber nicht nur die Party-Ministerin, Sie alle! Wir waren in der Enquetekommission „Zukunft der Landwirtschaft“. Sie alle, alle anderen Fraktionen, haben sich dafür ausgesprochen, dass Lebensmittel teurer werden müssten. Es müsste teurer werden. Es müsste eine Planet Health Diet eingeführt werden. Das heißt: Die armen Leute sollen kein Fleisch mehr essen, während Sie es sich weiterhin gönnen. – Das wollten Sie alle.

Jetzt, wo Wahlkampf ist, jetzt, wo der Wahltermin naheückt, wollen Sie davon nichts mehr wissen und stellen hier solche Showanträge dazu. Sie alle haben das gemacht. Sie und Ihre Ökopolitik waren dafür verantwortlich, dass sich die Menschen das Leben nicht mehr leisten können.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Dr. Christian Blex (AfD): Wir, die AfD, sind hier die einzige Partei, die sich noch für die normalen Arbeiter einsetzt und die sich für Freiheit und für Wohlstand einsetzt.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Das war der Abgeordnete Dr. Blex für die AfD-Fraktion. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das bleibt auch so. Dann schließe ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1, Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

2 Starke Wirtschaft, stabile Finanzen – NRW weiter auf Innovationskurs Richtung Zukunft halten

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16906

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/17027

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin für die CDU-Fraktion ist Frau Kollegin Quik.

Charlotte Quik (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen hat im wirtschaftlichen Bereich enormes Potenzial, das es 2017 nach sieben Jahren rot-grünem Stillstand zu entfesseln galt.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Die Unternehmen in unserem Land – große Weltmarktführer, aber auch kleinere und mittlere Unternehmen –, der Handel und vor allem ein starkes Handwerk sind die Basis für gute, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und Wohlstand.

Unter Rot-Grün belegte Nordrhein-Westfalen im Konjunkturvergleich der Länder einen der letzten Plätze und hatte sogar teilweise die rote Laterne inne. Von 2011 bis 2016 wuchs die Wirtschaft jährlich im Schnitt 0,7 Punkte weniger als im Bund.

Seit 2017 entwickelt sich die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen etwas besser als im Bundesdurchschnitt. Das war zuletzt 2010 der Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Im Ländervergleich belegt Nordrhein-Westfalen mittlerweile Rang 8 und liegt damit in einem guten Mittelfeld. Die Wachstumslücke gegenüber dem Bund schließt sich nun.

In der Zeit von 2013 bis 2020 sank die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen zum Stichtag im ersten Quartal von 9,4 % auf 7,3 %. In Nordrhein-Westfalen wächst die Beschäftigung mittlerweile schneller als im Bund. Von 2010 bis 2016 blieben die Zuwächse hinter dem Bund zurück, seit 2018 hat sich dieser Trend gedreht.

Auch nach dem Tief der Coronakrise erholt sich der Arbeitsmarkt kräftig. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist wieder über das Vorkrisenniveau auf einen neuen Höchstwert von 7,09 Millionen gestiegen.

Nichtsdestotrotz – das wissen wir alle – haben die Auswirkungen der Coronapandemie unsere Wirtschaft und ihre Widerstandskräfte bereits auf eine harte Probe gestellt. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine bremst die Erholung aktuell spürbar aus. Insbesondere die Betriebe, die energie- und rohstoffintensiv arbeiten, werden durch immer weiter steigende Energiepreise stark belastet. Bund und Land müssen hier eng zusammenarbeiten, um die Versorgung, aber auch die Bezahlbarkeit sicherzustellen.

Der 2017 begonnene Modernisierungskurs mit den Schwerpunkten Bürokratieabbau, Mittelstandsförderung, Digitalisierung, Klimaschutz und Innovation wurde konsequent umgesetzt.

Auch der Landesentwicklungsplan ist ein erfolgreiches Instrument, das uns hilft, Nordrhein-Westfalen nicht mehr unter Wert zu regieren. Hiermit bieten sich neue Entwicklungsmöglichkeiten im ländlichen Raum sowie Chancen für alle Landesteile. Außerdem wurde ein investitionsfreundliches Klima geschaffen.

Gerade als Beauftragte für Tourismus bin ich froh, sagen zu können, dass auch der Handel, das Gastgewerbe und der Tourismus als wichtige Stützen der NRW-Wirtschaft gefestigt wurden. Der wirtschaftliche Einbruch durch die Coronapandemie war für diese Branchen erheblich. Aber die NRW-Koalition unterstützt sie umfassend bei der Digitalisierung mit Digitalcoaches, eigenen Förderprogrammen und Digitalgutscheinen, damit Geschäftsmodelle noch zukunftsfester aufgestellt werden können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die NRW-Koalition betreibt seit Regierungsübernahme erfolgreichen Klimaschutz auf Basis von Modernisierung und Innovation. Die Energiewende und die Transformation zu einem klimaneutralen Industriestandort sind enorme Herausforderungen, denen sich die NRW-Koalition mit Tatendrang gestellt hat. 10.000 Industriebetriebe mit einem Umsatz von 350 Milliarden Euro in Nordrhein-Westfalen sind seitens der Politik auf verlässliche Rahmenbedingungen und bestmögliche Unterstützung angewiesen.

Wir betreiben Klimaschutz mit Maß und Mitte und haben ambitionierte Zielsetzungen. Unser Fokus liegt